

Antragsteller: SPD Kreisvorstand

Adressat: Landesverband Baden Württemberg; Baden Württembergische
Mandatsträger im Landtag, Bundestag und Europaparlament

Antrag: **TTIP und CETA stoppen**

1 Antrag:

2

3 Wir fordern die Mandatsträger der SPD des Landtags Baden-Württemberg, des
4 Bundestags und der Europäischen Union auf den sog. Freihandelsabkommen
5 zwischen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) nach derzeitigem
6 Kenntnisstand der Inhalte **nicht zuzustimmen**.

7 Wir erwarten, dass die Verhandlungen a) transparent ablaufen, b) in überschaubare
8 und verständliche Blöcke unterteilt werden, die auch separat angenommen oder
9 verworfen werden können, c) demokratisch legitimiert werden und d) dabei dürfen
10 EU-Bürgerinitiativen nicht aus formalrechtlichen Gründen verhindert werden.

11

12 Begründung:

13

14 Freihandel und Liberalisierung der Märkte mögen den Wohlstand insgesamt steigen
15 lassen, aber davon profitiert momentan eine Minderheit der großen Konzerne,
16 während die Mehrheit unter aufgeweichtem Verbraucherschutz und dubiosen
17 Schiedsgerichten zu leiden hat. Gerade wir als Sozialdemokraten haben die Pflicht
18 uns für alle Menschen in Deutschland und in der EU zu engagieren und uns nicht von
19 den (liberalen) Handelskommissaren der EU und den amerikanischen Interessen
20 treiben zu lassen.

21

22 **Konkret wenden wir uns gegen folgende Punkte in dem Abkommen:**

23 **1. Absenkung von Umwelt und Gesundheitsstandards**

24 Chemikalien, Medikamente und Lebensmittel dürfen nicht frei gehandelt
25 werden, wenn das Zielland strengere Vorschriften hat als das Herkunftsland.
26 Beispiele: Derzeit ist die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere
27 verboten, gentechnisch veränderte Lebensmittel müssen gekennzeichnet sein.
28 Diese Minimalstandards müssen erhalten bleiben. Anstatt sich an dem
29 niedrigeren Standard zu orientieren, muss jeweils der höherwertige Standard
30 der am Abkommen beteiligte Partner übernommen werden.

31

32

33 **2. „Investitionsschutz“**

34 Es darf nicht sein, dass Firmen ein Land wegen Handelshemmnissen und
35 dadurch entgangenem Gewinn auf Schadensersatz verklagen kann und das
36 auch noch vor sog. Schiedsgerichten. Hier ist die Souveränität und
37 Rechtsstaatlichkeit von Deutschland berührt. Beispiel: Deutschland könnte
38 weiterhin Fracking verbieten, müsste dann aber an Firmen, die solches in
39 Deutschland vorhaben, z. B. Schadensersatz für entgangenen Gewinn zahlen.
40 Der Ersatz der ordentlichen Gerichte durch private Schiedsgerichte ist ein
41 Angriff auf unsere Demokratie: Der Rechtsstaat wird dadurch ausgehebelt.

42

43 **3. Einbeziehung der kommunalen Ebene in das Abkommen.**

44 Es darf nicht sein, dass Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auch
45 noch US-Amerikanische Firmen berücksichtigen müssen. Leistungen der
46 Daseinsvorsorge, wie Wasser, dürfen nicht dem Druck zum Privatisieren
47 ausgesetzt werden. Die Planungshoheit der Kommunen muss gewahrt bleiben.

48

49 **4. Arbeits- und Sozialstandards – Arbeitnehmerrechte schützen**

50 Es muss gewährleistet sein, dass für entsandte Arbeitnehmende mindestens
51 dieselben Arbeitsstandards und -rechte gelten, wie für die anderen
52 Beschäftigten im Zielland. Zudem soll die USA alle Kernarbeitsnormen der ILO
53 ratifizieren und umsetzen.

54

55 **5. Finanzmarktliberalisierung**

56 Die Regeln für Banken und Finanzinvestoren müssen so geändert werden,
57 dass sich eine Finanzkrise wie im Jahr 2008 nicht wiederholen kann.

58

59 Dieselben Kriterien gelten für das CETA-Abkommen mit Kanada, damit nicht durch
60 die Hintertür Konzerne über Tochterfirmen in Kanada die gleichen negativen
61 Einflussmöglichkeiten haben wie beim geplanten TTIP.